

Beschluss des Rates der Stadt Köln, 23.3.2010

3.1.10 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Initiative zum gemeinsamen Unterricht behinderter und nicht behinderter Schülerinnen und Schüler ("Inklusion an Kölner Schulen")" AN/0461/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln AN/0569/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion AN/0572/2010

Beschluss gemäß ergänztem Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung

- eine Konzeption zu entwickeln, die in der Kölner Schullandschaft ein längeres gemeinsames Lernen aller Kinder fördert, eine frühzeitige Trennung verhindert und Brüche in der Schullaufbahn vermeiden hilft - insbesondere beim Übergang von der Grundschule in die weiterführenden Schulen. Diese Konzeption soll sich inhaltlich an der Förderung der Stärken und individuellen Kompetenzen junger Menschen orientieren und nicht an deren Defiziten.

- mit dem Land NRW ein gemeinsames und abgestimmtes Vorgehen zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen zu vereinbaren, damit im Interesse der betroffenen Kinder und Jugendlichen eine angemessene und nachhaltige Umsetzung der UN-Charta erfolgen kann. Das bedingt auch die Bereitstellung personeller wie finanzieller Ressourcen durch das Land.

- im Rahmen der Schulentwicklungsplanung auf dieser Basis einen „Inklusionsplan“ für gemeinsames Lernen von behinderten und nicht-behinderten Schülern zu erarbeiten. Die Stadtverwaltung benennt einen Ansprechpartner, an den sich Eltern wenden können, deren Kinder mit Behinderung an einer Schule abgelehnt worden sind. Dieser Ansprechpartner versucht zwischen
Ratssitzung vom 23.03.2010 Seite 39

Eltern und Schule zu vermitteln, mit dem Ziel, einen möglichen Rechtsanspruch der behinderten Kinder auf einen Platz im inklusiven Unterricht umzusetzen und gleichzeitig die Ressourcen der Schulen zu berücksichtigen.

-

den gemeinsamen Unterricht (GU) im Grundschulbereich weiterhin bedarfs-gerecht auszubauen. Kurzfristiges Ziel muss ebenso sein, pro Stadtbezirk mindestens eine weiterführende Ganztagschule für Alle anzubieten. Die Verwaltung wird gebeten, verstärkt Initiative zu entwickeln, damit an weiter-führenden Schulen ausreichend Plätze für alle Grundschulkinder im Gemein-samen Unterricht (GU) bereitgestellt werden. Dabei sollen insbesondere Schulformen angesprochen werden, für die es eine unbefriedigte Nachfrage von Kindern mit Behinderung gibt. Außerdem soll die Initiative sicherstellen, dass Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen am Offenen Ganztag teil-nehmen können.

An der Erarbeitung des Konzeptes „Inklusion an Kölner Schulen“ sollen auch die Be-hindertenbeauftragte der Stadt Köln, die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, die Gebäudewirtschaft, Elterninitiativen, die Stadtschulpflegschaft Kölner Grundschu-len und Gymnasien sowie eventuell weitere Verbände und Organisationen sowie Ver-treter der Wissenschaft beteiligt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.